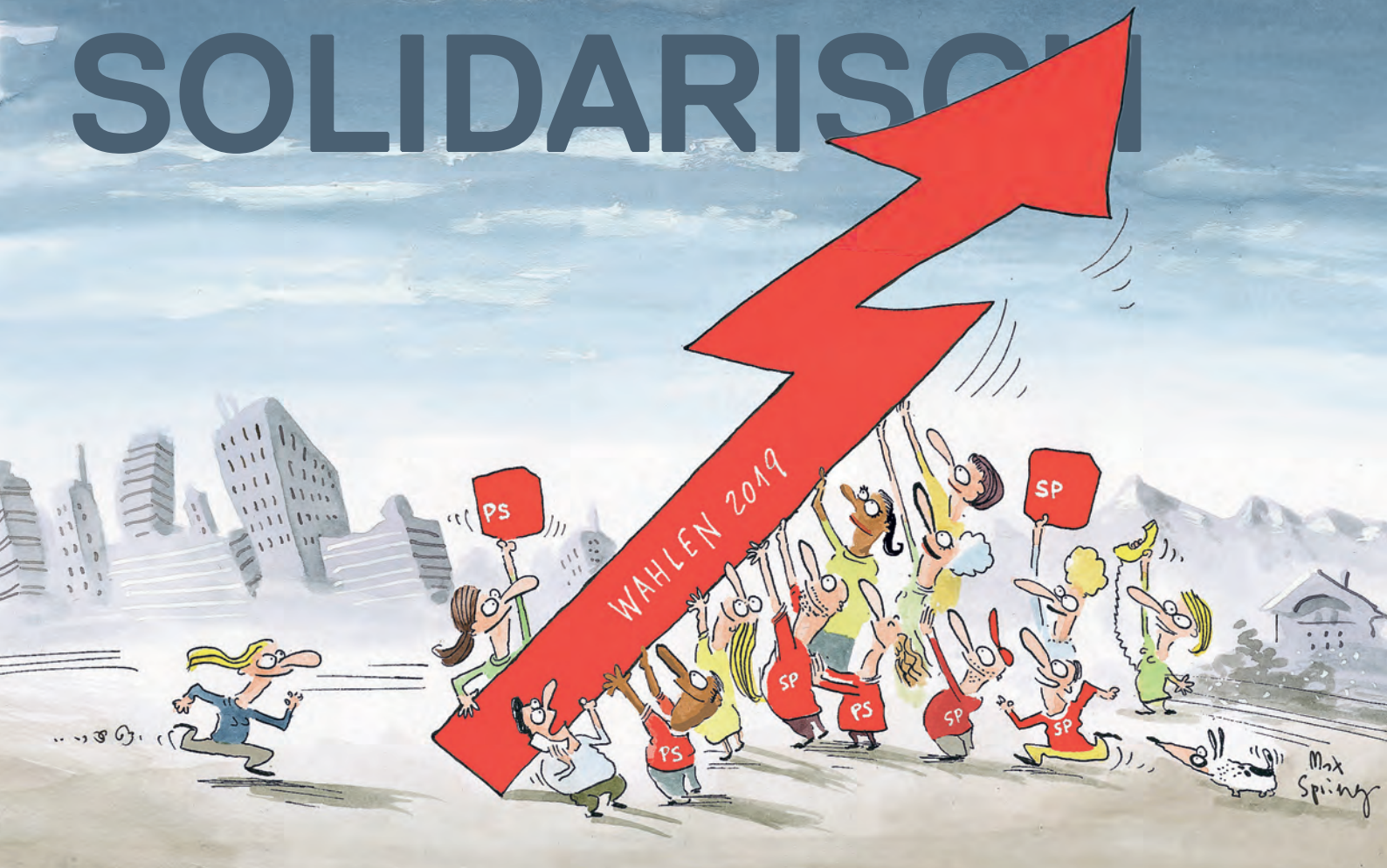
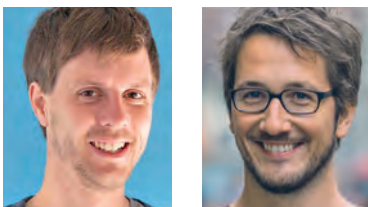


SOLIDARISCH



MIT IHR KONNTE DIE SP auf kantonaler und lokaler Ebene in den letzten drei Jahren einen Sieg nach dem andern verbuchen: Die Basiskampagne ist eines der effektivsten Mittel, wenn es darum geht, mehr Menschen für unsere Partei zu gewinnen. Und erst recht 2019, wenn bei den nationalen Wahlen die rechtsbürgerliche Mehrheit im Nationalrat geknackt werden soll.

Wir reden mit den Menschen, nicht über sie



Marco Kistler und Micha Küchler,
Projektleiter Basiskampagne SP Schweiz

Am Anfang stand die Frustration. Frustration über millionenschwere Kampagnen gegen alles, wofür die SP einsteht, seien es der Erhalt und Ausbau unserer Sozialwerke, sei es ein starker Minderheitenschutz, die Bewahrung des Rechtsstaates oder die Bekämpfung staatlicher Willkür. Frustration darüber, dass das rechte Lager über alle Mittel verfügt, um die Schweiz mit Propaganda einzudecken, und damit eine SVP-FDP-Mehrheit im Nationalrat errungen hat. Und damit nicht genug: Sie können es sich sogar leisten, eine Zeitung nach der anderen aufzukaufen um damit hunderttausende Menschen mit waghalsigem Kampagnenjournalismus zu beeinflussen.

Mit neuen Ideen Widerstand leisten

Auf die Frustration folgte die Erkenntnis: Die Sozialdemokratische Partei muss sich in ihren

Ausdrucks- und Aktionsformen und in ihrem Kampagnenstil wandeln, um gegen millionenschwere Kampagnen und Propagandawalzen der Rechtsbürgerlichen bestehen zu können. Die daraus hervorgegangene Basiskampagne konnte dank tausender AktivistInnen innert drei Jahren innerhalb der SP Schweiz, der Kantonalparteien und der Ortssektionen etabliert und weiterentwickelt werden.

Unsere Demokratie sieht sich mit der Herausforderung einer tiefen Stimm- und Wahlbeteiligung konfrontiert. Es ist wichtig, die Stimmberechtigten Mal für Mal ans Rendezvous an der Urne zu erinnern und darauf hinzuweisen, was auf dem Spiel steht – damit eine Repolitisierung in Gang kommt. Die Basiskampagne macht genau das. In den letzten drei Wochen vor dem Wahlsonntag werden die WählerInnen mittels Telefonanrufen

ans eingetroffene Wahlcouvert erinnert – sozusagen ein Dienst an der repräsentativen Demokratie.

Doch es geht noch um weit mehr. Es geht ums Gespräch, um den direkten Kontakt mit all jenen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind. Wir sprechen nicht nur, sondern hören auch zu, interessieren uns: Welche konkreten Erwartungen haben die Menschen in der heutigen Zeit gegenüber den politischen Institutionen? Mit welchen Problemen sehen sich Randregionen konfrontiert, in welche Richtung sollen sich unsere Städte entwickeln?

Menschen statt Millionen

Die jüngsten Erfahrungswerte zeigen, dass die Basiskampagne einen starken Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Seit den Nationalratswahlen 2015 konnten wir damit in Solothurn (+2,5%), Basel-Stadt (+1,8%), Aargau

(+3,7%), Riehen (+1,8%), Zürich (+3,5%), Winterthur (+6,0%) und Bern (+3,1%) zulegen. Doch nicht nur das – wir verzeichneten in den entsprechenden SP-Sektionen auch ein Mitgliederwachstum.

Und damit kommen wir zum Kern der Sache. Wir bewirken mit dem neuen Mobilisierungsinstrument nicht nur eine höhere Stimmbeteiligung und Sitzgewinne in den Parlamenten, sondern wir geben den Mitgliedern und mit der SP Sympathisierenden eine konkrete Möglichkeit, sich für unsere Anliegen zu engagieren. Im Verlauf einer Basiskampagne lassen sich oft lang abgetauchte Mitglieder reaktivieren, Sektionen erhalten neuen Schwung, interessierte Frauen und Männer und auch ganz junge Nachwuchskräfte finden Anschluss an die Partei.

Dass Parteien, politisch tätige Verbände und auch Gewerkschaften unter Mitgliederschwund



123RF

Mitgliedern, während wir zuvor über 20 Jahre hinweg stets Verluste verbuchen mussten.

Anrufen, anklopfen – und hinhören

Umso mehr wird die Basiskampagne im Vorfeld der nächsten nationalen Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2019 ein Schlüsselement für die SP Schweiz sein. Es ist geplant, noch deutlich mehr Menschen als bisher zu kontaktieren und weitere AktivistInnen in die Kampagnenarbeit einzubinden.

Um noch direkter und verbindlicher auf die Leute in Gemeinden und Städten zuzugehen, möchten wir zudem verstärkt nicht nur mit Telefonanrufen operieren, sondern auch an den Haustüren anklopfen, das unmittelbare Gespräch suchen und uns Kritik, Ideen, Wünsche und Sorgen anhören. Weil wir mit den Menschen reden wollen – und nicht über sie.

leiden, ist ein altbekanntes Phänomen. Der Neoliberalismus und die fortschreitende Individualisierung gesellschaftlicher Probleme haben überall ihre Spuren hinterlassen. Diesem internationalen Negativtrend widersetzt sich die SP Schweiz mittlerweile mit einigem Erfolg: Seit Herbst 2015 gewinnen wir wieder an

Verteidigen wir unsere Grundrechte!



Silvia Schenker,
Nationalrätin
(BS)

Die SP unterstützt das Referendum gegen das Überwachungsgesetz, von dem wir alle betroffen sind. Denn neben der Invaliden- und Unfallversicherung und den Ergänzungsleistungen fällt auch die Krankenversicherung unter die neue gesetzliche Grundlage. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Schweiz im Jahr 2016 gerügt, weil für die Observation von Unfallversicherten keine ausreichende Rechtsgrundlage vorhanden sei. Das Parlament hat darauf im Eilzugstempo im allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts einen Artikel geschaffen, der allen Sozialversicherungen in Zukunft weitreichende Überwachungsinstru-

mente in die Hand gibt. So sollen von ihnen beauftragte Privatdetektive Versicherte ohne richterliche Genehmigung mit Bild- und Tonaufnahmen überwachen können. Für die Bestimmung des Standorts ist sogar der Einsatz technischer Instrumente wie GPS-Tracker oder Drohnen möglich, wenn ein Gericht dies genehmigt.

Versicherungsspitzel mit mehr Kompetenzen als die Polizei?

Das mulmige Bauchgefühl eines Sachbearbeiters genügt, damit uns in Zukunft ein Versicherungsspitzel ins Wohnzimmer spähen darf. Damit erhalten Privatdetektive für die Observation von Versicherten weitreichende Kompetenzen als die Polizei für die Überwachung von Straftäterinnen und potenziellen Terroristen. Ebenso stossend ist, dass Observationen nicht nur an allgemein zugänglichen Orten in der Öffentlichkeit möglich sind. Die Schnüffler sollen uns auch

auf dem Balkon, im Wintergarten oder im Schlafzimmer auspähen dürfen, wenn die Beobachtung von einem allgemein zugänglichen Ort aus geschieht. Wer in einem Einfamilienhaus oder im Parterre wohnt, hat Pech gehabt.

Mit Missbrauchsfällen die Grundrechte aushebeln?

Die Privatsphäre ist eines der wichtigsten Grundrechte, die in der Verfassung abgesichert sind. Nun hat das Parlament bewusst unsere Privatsphäre auf dem Altar der Sozialversicherungen geopfert, womit wir alle Gefahr laufen, von Versicherungsspionen observiert zu werden. Das Parlament hat es verpasst, eine zwingend notwendige Güterabwägung zu machen: Ist das öffentliche Interesse tatsächlich grösser als unser verfassungsmässig verankertes Grundrecht auf Privatsphäre? Dass es so weit kommen konnte, hat seinen Ursprung

in der langjährigen, perfiden Kampagne der Rechtsbürgerlichen gegen Menschen, die Sozialleistungen beanspruchen. Wer Sozialleistungen bezieht, wird der Faulheit und des Missbrauchs verdächtigt. Das Recht auf Versicherungsleistungen, die uns allen zustehen, verkommt dabei immer mehr zu einem Gnadenakt. Steuerhinterziehung, der «Volksport» der Reichen, wird grosszügig verharmlost, der seltene Missbrauch von Sozialleistungen dagegen wird aufgebauscht und dramatisiert.

Mehr Informationen:
www.spschweiz.ch/referendum





Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs zur Minderung des Privatverkehrs ist wichtig. Aber die Umsetzung dauert zu lange, um die Klimaziele rechtzeitig zu erreichen.

DIE SP FORDERT, dass der Schweizer Finanzmarkt ab 2030 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energiequellen mehr tätigt und dass die Strassenmobilität rasch elektrifiziert wird. Ab 2040 sollen keine Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren mehr eingeführt werden.

Taten statt Illusionen



Beat Jans,
Nationalrat (BS)

An der Delegiertenversammlung vom 23. Juni wendet sich die SP der Klimathematik zu. Und das mit guten Gründen. Die Überhitzung der Erde bedroht die Menschheit und somit auch die Wirtschaft. Gelingt es nicht, sie auf plus 1,5 bis 2 Grad zu beschränken, werden Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme, Migrationsströme und Verdrängungskonflikte in bedrohlicher Masse zunehmen. Die Schweizer Rückversicherung schrieb im

April 2018, dass bei den weltweit versicherten Schäden mit 144 Milliarden Franken die grösste je verzeichnete Schadenssumme erreicht wurde. Wenn die Klimaerhitzung zu stark fortschreitet, lassen sich die damit verbundenen Risiken wohl nicht mehr versichern. Das schrieb das «insurance journal» im November 2017.

Die jetzigen «Bemühungen» reichen nicht

Rein formell stellt sich die Schweiz dieser Herausforderung. Sie hat sich zusammen mit 195 anderen Staaten im Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet, ihr Möglichstes beizutragen, um die Erderhitzung auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen. Doch die Umsetzungsvorschläge des Bundesrats im Rahmen der Klimapolitik

2020–2030 bleiben weit hinter diesem Ziel zurück. Erstens werden bei Gebäudebeheizung und Industrie die Instrumente abgeschwächt, also ausgerechnet dort, wo die Schweiz bisher eine vertretbare Linie verfolgt hat. Zweitens schlägt der Bundesrat in den zwei klimapolitisch brachliegenden Bereichen des Verkehrs und des Finanzplatzes keine griffigen Massnahmen vor. Solche Mutlosigkeit ist inakzeptabel.

Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus. Die bundesrätlichen Vorschläge werden daran nichts ändern. Das Positionspapier, welches die SP-Delegierten diskutieren werden, plädiert deshalb für eine rasche Elektrifizierung des Strassenverkehrs auf der Basis erneuerbaren Stroms. Die von der SP schon

lange geforderten Massnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs und zur Minderung des Privatverkehrs sind zwar unvermindert wichtig. Deren Umsetzung dauert aber zu lange, um die Klimaziele rechtzeitig zu erreichen. Die Ökologisierung des Verkehrs drängt.

Klimaschädlich angelegte Pensionsgelder

Ebenso dringlich ist ein Umdenken bei unseren Banken und Finanzinstituten. Die Investitionen in Öl, Gas und Kohle, die vom Schweizer Finanzplatz aus gesteuert werden, bewirken weltweit mindestens das Zehnfache der gesamten Treibhausgasemissionen auf Schweizer Boden. Das widerspricht nicht nur dem Klimaabkommen, sondern auch jeglicher Vernunft. Die Schweiz braucht zwingend eine klimakompatible, vorausschauende Finanzplatzstrategie.

Es geht nicht zuletzt auch darum, unsere Finanzwirtschaft und



DAVID GÜBLER, WWW.BAHNBILDER.CH



Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus.



Die Investitionen in Öl, Gas und Kohle, die vom Schweizer Finanzplatz aus gesteuert werden, führen weltweit zu enormen Treibhausgasemissionen.

unsere Pensionskassen vor den Folgen zu bewahren, die das unausweichliche Platzen der Kohlenstoffblase nach sich ziehen wird. Denn die heutigen Investitionen zur Erschliessung fossiler Brennstoffe werden morgen wertlos sein. Somit stehen neben dem Klima auch die Pensionsgelder der 2. Säule auf dem Spiel. Diese sind heute in so hohem Mass in die fossile Wirtschaft investiert, dass sie umgerechnet eine Klimaerwärmung von 4 bis 6 Grad mitfinanzieren. Hier droht die bürgerliche Haltung des «Laissez-faire» unser Land und das Klima an die Wand zu fahren. Ohne staatliche Leitplanken werden die Investitionsflüsse das Klima weiterhin aufheizen und die Finanzstabilität der Schweiz schwächen. Allein die UBS und die Credit Suisse vergaben in den Jahren 2015–2017 Kredite in der Höhe von 12,3 Milliarden Dollar für Teersandöl, arktisches Öl, Ultra-Tiefseeöl, Flüssigerdgas, Kohlebergbau und kohlebefeuerte Energieanlagen

– obwohl die Wissenschaft eindringlich davor warnt, weitere fossile Reserven zu erschliessen. Damit wir das 2-Grad-Ziel erreichen, müssen vier Fünftel aller heute bekannten Vorräte an Kohle, Öl oder Gas im Boden bleiben.

Zaudern zahlt sich nicht aus

Die Schweiz muss bezüglich Klima und Finanzplatz vorausschauender agieren als damals in Sachen Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis, als sie viel zu spät auf die Weissgeldstrategie umschwenkte. Es wäre ihr vieles erspart geblieben, wenn sie die Kurve schneller gekriegt hätte. Im Klimabereich darf die Schweiz die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Neben dem Positionspapier zum Klimaschutz, das Ende Juni zur Debatte steht, erhalten alle Delegierten auch zwei Hintergrundberichte mit vielen Infos und Argumenten zu den behandelten Themen: einerseits zu Klima und Mobilität, andererseits

zur Thematik Klima und Finanzmarkt. Diese Berichte sind unter www.spschweiz.ch/lausanne

einsehbar oder können beim Sekretariat der SP Schweiz bestellt werden.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70, E-Mail solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Muriel Günther, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare.

SP

Der Islam in der Schweiz

WIR KÖNNEN DIE AUGEN NICHT DAVOR VERSCHLIESSEN: Ungefähr 400 000 der in der Schweiz lebenden Menschen – also jedeR Zwanzigste – bekennen sich zum islamischen Glauben. Ein Drittel von ihnen ist eingebürgert. Es wäre jedoch verfehlt, all diese Leute als homogene Gruppe zu betrachten. Ihr Merkmal ist vielmehr dasjenige der Vielfältigkeit: geografisch, kulturell und glaubensmässig.



Christian Levrat,
Ständerat (FR)
und Präsident
SP Schweiz

Die Integration religiöser Minderheiten in der Eidgenossenschaft war schon oft Gegenstand sehr heftiger Debatten. Der Sonderbundskrieg, der Kulturkampf oder die Verfassungsartikel zum Judentum zeigen dies zur Genüge. Nachdem sich die Wogen geglättet zu haben schienen und sich eine Art Gleichgewicht eingependelt hatte, was das Verhältnis des Staats zur Religion und die gesellschaftliche Säkularisierung betrifft, lassen gegen den Islam geführte Kampagnen seit rund zehn Jahren die heikle Diskussion erneut aufflammen.

Mit den Forderungen der rückwärtsgewandten Rechten, mit Minarett-, Burka-, Halalfleischverbot usw. brauchen wir uns nicht aufzuhalten. Da geht

es eher um Symptome als um die Ursache des Unbehagens, meist nur um Details. Anders verhält es sich hingegen mit dem mantramässigen Beschwören einer christlichen Leitkultur. Wer fordert, Muslime hätten sich einem strikt christlichen Wertekanon unterzuordnen, schürt gefährliche Spannungen. Konservative Christdemokraten und mehr oder weniger islamophobe Nationalisten stehen hier in einem schädlichen Wettbewerb.

Wie soll die SP darauf antworten?

Nach meinem Dafürhalten lässt sich die Antwort in zwei Begriffen finden: Grundrechte und Nichtdiskriminierung. Der Bezugsrahmen der Eidgenossenschaft ist vorab die Verfassung von 1848 mit ihren Errungenschaften: Demokratie, Menschenrechte, Gewaltentrennung, Gleichheitsgebot. Sie garantiert allen die Freiheit, die eigene Religion auszuüben, anerkennt die gesellschaftliche Rolle der Kirchen, ver-

langt von ihnen aber auch, sich an die staatlichen – in der Schweiz meist auf Kantonsebene erlassenen – Regeln zu halten. Den Respekt gegenüber unseren Werten müssen wir also nicht unter Berufung auf unsere christliche Tradition, sondern auf die – per se säkularen – Freiheiten und Grundrechte einfordern, die wir seit 1848 geniessen.

In den meisten Kantonen sind die grossen Religionen öffentlich-rechtlich anerkannt, sie dürfen Steuern erheben, kirchlichen Unterricht erteilen oder auch Gefängnisseelsorge betreiben. Weil der Staat nicht die eine oder andere Religion diskriminieren darf, wird sich die Frage einer Anerkennung des Islam zwangsläufig stellen, unter Berücksichtigung kantonaler Besonderheiten. Dieser Prozess ist eine Chance, den Dialog mit islamischen Würdenträgern und Gelehrten zu intensivieren und klarer als bisher zu sagen, was wir von ihren Gemeinschaften erwarten: in erster Linie repräsentative demokrati-

sche Strukturen, Gleichbehandlung von Mann und Frau, Anerkennung des säkularen Staats und finanzielle Transparenz.

Ja zu Menschenrechten – Nein zu Diskriminierung

In der Schweiz niedergelassenen MuslimInnen ein «normales» religiöses Leben zu ermöglichen, entzieht dem politischen Islam, der sich auf gefühlte oder objektive Diskriminierungen von Gläubigen beruft, den Nährboden. Unsere Vorfahren hatten die Weisheit, den grossen Religionen ihren Platz einzuräumen und Regeln aufzustellen, um zwischen Religiösem – wo jede Konfession selbst zuständig ist – und politischen Fragen, wo sich die Kirchen zurückzuhalten haben, unterscheiden zu können. Sie haben es geschafft, alle Glaubensgemeinschaften den säkularen Regeln des Staats zu unterstellen. Es gibt keinen Grund, davon abzuweichen. Menschenrechte und keinerlei Diskriminierung. Auch im Fall des Islam.

Die Lösung in zwei Begriffen: Grundrechte und keinerlei Diskriminierung. Auch im Fall des Islam.

